

Wo sind die streitbaren Sachsen?

Stanislaw Tillich muss mit seinem Rücktritt die Rechnung für seine Amtsvorgänger begleichen, sagt unser Autor Peter Lenk.

Von Peter Lenk



Dr. Peter Lenk, 1939 in Teplitz-Schönau (Teplice) geboren, hat Physik in Dresden studiert. Er war von 1991 bis 2007 Geschäftsführer der Von Ardenne Anlagentechnik GmbH. Seit 2002 ist er Vorstandsvorsitzender des Fördervereins Lingnerschloss in Dresden.

© andré wirsig

Die Sachsen haben 27 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung zu 27 Prozent die rechts-populistische AfD gewählt. Ratlosigkeit, Entsetzen und gegenseitige Schuldzuweisungen machen sich unter den Etablierten breit. Da meldet sich sogar der eitle Greis aus seinem Feierabendheim am Chiemsee zu Wort, eskortiert von seiner wackeren Ehefrau: Er sehe sein Lebenswerk in Gefahr, denn mit ihm wäre das alles ja gar nicht passiert. Klingt wie „Haltet den Dieb!“ und ist doch in Wahrheit nichts anderes als pure Heuchelei.

Von solcherart Heckenschützen attackiert und von den eigenen Parteifreunden im Stich gelassen, tritt daraufhin der Ministerpräsident zurück, statt sich kraftvoll zur Wehr zu setzen. Derweil ringt Frau Merkel in Berlin verzweifelt um die sogenannte Jamaika-Koalition mit Partnern, die gegensätzlicher kaum vorstellbar sind. Am Ende wird jeder Federn lassen müssen, um vor allem eines zu verhindern: Neuwahlen, denn dann stünde zu befürchten, dass noch weitere Wähler aufmüpfig werden und der AfD ihre Stimme geben, nicht, weil sie Neonazis, Anti-Europäer oder Rassisten sind, sondern weil sie Frau Merkel einen Denkkzettel verpassen wollen, und weil sie trotzig sind wegen der angeblichen Alternativlosigkeit ihrer Politik.

Warum dauert das eigentlich so lange, bis es die Machtgewohnten verstanden haben? 27 Prozent haben mit ihrem Votum Protest signalisiert, haben Angst vor wachsender Überfremdung, aber keineswegs nur vor Asylanten und Wirtschaftsflüchtlingen, sondern vor allem Angst vor Fremdbestimmung durch die neue Besatzungsmacht des Kapitals, die ihre traditionelle Verbundenheit mit diesem wunderbaren Land untergräbt, schleichend zwar, aber scheinbar unaufhaltsam.

Da werden Entscheidungen über den Fortbestand von Arbeitsplätzen irgendwo am grünen Tisch getroffen – nur nicht in Sachsen. Da werden unsere altherwürdigen Städte mit einer Baukultur überzogen, die allen möglichen Aspekten Rechnung trägt, nur nicht unserem sächsischen Lebensgefühl. Und – last, but not least – da sind alle besser bezahlten öffentlichen Ämter bis auf wenige Alibiausnahmen fest in westdeutschen Händen, am Anfang als großzügiger Samariterdienst für Ostdeutschland gepriesen, „weil wir das ja schließlich nicht gelernt haben“, aber inzwischen sitzen sie fest im Sattel in allen Gremien und Ausschüssen, in denen über die Neubesetzung attraktiver freier Stellen entschieden wird, und wachsen nach. Wer sich dagegen auflehnt, wird mit dem Totschlagargument konfrontiert, dass am Ende des „freien“ Wettbewerbs schließlich stets der beste Bewerber gewinne. Wo viel Freiheit, da ist auch viel Irrtum, hatte uns schon Fontane gelehrt.

Kurz nach der Wende prägte ein unangepasster Journalist das böse Wort, wonach die innere Einheit Deutschlands erst dann vollendet sei, wenn 90 Prozent der Ostdeutschen nicht mehr in den Grundbüchern stünden. Heute haben viele Menschen das Gefühl, dass es inzwischen noch weit schlimmer gekommen ist. Nicht allein ihre entwertete Lebensleistung als Folge eines verhängnisvollen Geschichtsirrtums ist der Punkt, auf den sich ihr Schmerz fokussiert, sondern die Ohnmacht gegen zunehmenden Identitätsverlust und die anhaltende Demütigung durch eine spezielle Unterart der Gattung homo sapiens, die damit die eigene Mittelmäßigkeit kaschiert. Möglicherweise ahnt sie aber auch nur unsere besseren Zukunftschancen, weil wir leidensfähiger und demutsvoller sind und unsere materiellen Ansprüche geringer.

Hinzu kommen Ängste, weil der Staat nicht mehr in der Lage ist, die Sicherheit seiner Bürger zu gewährleisten, Ängste vor den „Speerspitzen des Islam“ und vor den „No-Go-Areas“ vieler „weltoffener“ westdeutscher Großstädte, Ängste vor Altersarmut, Pflegenotstand und neuer Arbeitslosigkeit, obwohl die statistischen Angaben der letzten Jahre durch allerlei Tricks und Zahlengaukeleien scheinbar eine andere Sprache sprechen.

Und wenn dann allabendlich die Alternativlosigkeit von Frau Merkel über den Bildschirm flimmert, dann greifen sie zu ihrer einzigen wirksamen Waffe und wählen AfD. Das alles ist zumindest in Sachsen der leider noch weit in die Zukunft wirkende Nachhall der Ära Biedenkopf, in der „König Kurt“ sich zuletzt wie der neue sächsische Monarch feiern ließ, selbstgefällig und arrogant.

Den höhnischen Kommentar von Friedrich August III. haben wir dabei noch in guter Erinnerung, als er – Jahre nach seiner Abdankung – seinen ehemaligen Untertanen in Leipzig zurief: „Ihr seid mir ja scheene Republikaner.“

Herr Tillich hat diese Zustände allenfalls vorgefunden, aber keinesfalls herbeigeführt, und muss jetzt die Rechnung für seine Amtsvorgänger begleichen. Manche applaudieren ihm sogar und reden von großem Respekt vor seiner Entscheidung. Ich dagegen halte sie nicht nur für unnötig, sondern für falsch und hätte mir mehr Mut und Stehvermögen von ihm gewünscht!

„Wenn die Wölfe heulen, muss einer vom Schlitten“, heißt es in einem altrussischen Sprichwort, aber den Wölfen dürfen doch nicht die wenigen Hoffnungsträger unter uns zum Opfer fallen! Haben wir denn schon vergessen, dass sich Tillich wenigstens hin und wieder imstande zeigte, gegen den Berliner Mainstream aufzubegehren? Sein mutiger Aufschrei „Der Islam gehört nicht zu Sachsen“ gehört für mich jedenfalls dazu. Kaum vorstellbar, dass sein designierter Nachfolger zu solcher Art Protest je in der Lage sein wird.

Martin Luther war ein Sachse. Sein mutiger Kampf gegen den katholischen Klerus, die Fremdbestimmung durch Rom, für die Eigenständigkeit unserer Sprache und gegen den Geist der Unterwürfigkeit gehören für mich zum Großartigsten und Besten, was deutsche Geistesgeschichte je hervorgebracht hat. Sein Andenken 500 Jahre nach dem Thesenanschlag von Wittenberg ehren wir am ehesten dadurch, indem wir uns zu diesem Geist bekennen und uns stets darum bemühen, auch in diesem Sinne zu handeln. Das wäre es, was ich mir von künftiger sächsischer Politik erhoffe.

©sz-online.de